



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039 800

P/X/67 - 22.3.1955

Anzeige  
auf den Inhalt:

Zum Vorstoß des Senators George	S. 1
Ein moderner Michael Kohlhaas	S. 3
Völlig unzureichendes Personalvertretungsgesetz	S. 5

## Verstärkter Verhandlungswille in USA

ap - Die nochmalige Bekräftigung des Moskauer Beschlusses, nach endgültiger Ratifizierung der Pariser Verträge ein gemeinsames Oberkommando für alle Streitkräfte des Ostblocks einzurichten, fällt fast gleichzeitig mit dem Vorstoß des demokratischen Senatsausschussvorsitzenden George zusammen, noch in diesem Jahr eine Konferenz der großen Drei möglichst unter Teilnahme Frankreichs und Pekings einzuberufen. Dem wurde von offizieller Regierungsseite nicht widersprochen. West und Ost scheinen also am Tage nach der endgültigen Verabschiedung des Pariser Vertragswerkes einander entgegengesetzte Folgerungen abzuleiten. Die Sowjetunion denkt an eine Straffung ihres militärischen Potentials, die Vereinigten Staaten wünschen eine Begegnung auf höchster Ebene, mit dem erklärten Ziel, die Möglichkeiten einer zumindest zeitweisen Verständigung mit der Sowjetunion in Fragen der Abrüstung abzutasten.

Diese Töne aus den USA deuten einen allerdings noch in den Anfängen steckenden Stimmungsumschwung an, der wohl seinen sichtbarsten Niederschlag in der Ernennung des Republikaners Harold Staßen zum Chefbeauftragten für die amerikanische Abrüstungspolitik fand. Bisher hat es in der Welt ein Ministerium für Abrüstung nicht gegeben. Diese neue Einrichtung soll schon rein äußerlich die Entschlossenheit der USA bekunden, sich nicht willenlos auf den stürmischen Ozean der Weltpolitik treiben zu lassen. Auch die amerikanische Politik steht im Zeitalter der Wasserstoffbomben unter dem zwingenden Gebot des Verhandeln. Mit der Berufung Staßens, eines Mannes mit einer reichen

Schatz an internationalen Erfahrungen, wollen die USA gewiss, obwohl Neuland beschreiten. Auch sie wissen: Ohne Begrenzung des mörderischen Wettrüstens gibt es keine allgemeine Entspannung, ist der dritte Weltkrieg beinahe unvermeidlich. Gewiß ist das eine Binsenwahrheit, aber gerade im politischen Bereich haben es einfache Erkenntnisse oft schwer, sich durchzusetzen. In Fragen der Weltabrüstung müssen die Weltmächte von vorne anfangen, die Umwälzung der Kriegsführung, die durch die atomaren Waffen eingetreten ist, erfordert ein neues Denken, dem sich auf die Dauer kein verantwortlicher Staatenlenker entziehen kann.

Dulles wäre noch vor kurzen für seine Bemerkung, er halte die Sowjetunion zumindest für die unmittelbare Zukunft für weniger gefährlich als das von seinen Erfolgen trunke kommunistische China, von einem Teil der amerikanischen Öffentlichkeit gesteinigt worden. Der amerikanische Außenminister kann heute eine solche Einschätzung der internationalen Lage ungestraft von sich geben, weil sie wahrscheinlich der Gesamteinstellung der USA entspricht. Ihre Sorgen, ihre Ängste und ihre Energien werden zum größten Teil von den asiatischen Vorgängen in Anspruch genommen, Europa wird für das amerikanische Denken zum Sorgenkind zweiter oder dritter Ordnung.

Die USA sind seit vielen Monaten sichtlich bestrebt, im Verhältnis zur Sowjetunion neue Spannungselemente zu vermeiden. Außerlich steht dieses Bestreben gewiß im Gegensatz zu ihrer Haltung zu den Pariser Vertragswerken, auf deren rasche Verabschiedung sie so sehr drängen. Aber es ist bezeichnend, dass im Pariser Hauptquartier der NATO die Räumlichkeiten für die deutschen Offiziere schon offen stehen, der NATO-Generalstab jedoch keine sonderliche Eile bekundet, sie am Tage nach der endgültigen Ratifizierung der Pariser Verträge auch schon von deutschen Offizieren beziehen zu lassen. Hier tritt man sozusagen auf der Stelle.

Wie wenig der Westen im militärischen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik eine Verstärkung seiner militärischen Potenz im herkömmlichen Sinne sieht, beweist die bei der letzten Debatte im britischen Unterhaus durchgeschlüpfte Äußerung Winston Churchills:

"Die zwölf deutschen Divisionen sind immer mehr ein Symbol denn ein Machtfaktor. Von großer Bedeutung ist, dass die große deutsche Nation in die freie Welt eingegliedert wird und im Kampf um die Sache der freien Völker nicht auf der falschen Seite steht".

Das ist es also, was der Westen als Hauptgewinn des Pariser Vertragswerkes ansieht. Churchills Wort von der Symbolhaftigkeit der westdeutschen Aufrüstung nimmt ihr jedoch jeden politischen Wert für eine aktivere Wiedervereinigungspolitik, zu der sich die Westmächte einmal verpflichtet haben. Riesengroß zeichnet sich die Gefahr einer Verständigung der Mächtigen dieser Welt auf der Grundlage des zweigeteilten Deutschland ab. Verhandlungen werden früher oder später kommen. Keine der Weltmächte kann und will ihnen auf die Dauer ausweichen. Aber wo bleibt das deutsche Verhandlungsprogramm durch das der Zug zu einer Einigung auf Kosten Deutschlands aufgehoben wird?

### Klein Händler stellt Frankreich auf den Kopf

J.K. - Paris

Frankreichs Ministerpräsident Edgar Faure, der in der vorigen Woche von der Nationalversammlung Finanz-Sondervollmachten haben wollte, zog seinen Antrag zunächst zurück. Dennoch kam es in der Kammer zu aufgeregtesten Szenen, die Regierung kam in arge Bedrängnis, auf den Zuhörertribünen kam es - morgens um drei Uhr - zu Unruhen - und alles dies um einer Aktion willen, die ein noch vor wenigen Monaten Unbekannter, ein kleiner Papierwarenhändler aus einer winzigen Ortschaft, Herr Pierre Poujade, als Krieg der Klein Händler gegen den Staat entfesselt hat.

Die "Bewegung Poujade" hat heute mehr als eine halbe Million zahlender Mitglieder. Es begann damit, dass in Poudjades kleiner Heimatgemeinde, wo er die Würde eines Gemeinderates bekleidet, Vollzugsbeamte erschienen, um bei einem Händler für angeblich oder wirklich nicht bezahlte Steuern Pfändungen durchzuführen. Als sie erschienen, hatte der gute Mann mit Hilfe seines Freundes Poujade die Ladentür mit Brettern verriegelt. Die Beamten standen vor einer ungewohnten Situation, aber das Beispiel dieses modernen Michael Kohlhaas machte Schule, und es dauerte nicht sehr lange, da hatte der zum Vorkämpfer seines Standes gewordene kleine Papierhändler eine Organisation aufgezogen, die, ehe man es richtig erfasst hatte, zu einer Macht im Staate wurde. Und da in Frankreich verschiedene Wahlen bevorstehen, bei denen Deputierte etlicher Parteien auf die Stimmen der Händler nicht verzichten zu können glauben, fanden die "Poujadisten" auch im Parlament zahlreiche Fürsprecher.

Im Grunde predigt Herr Poujade dies: Wenn der Staat Gewalt anwendet, so wende auch du, Bürger, die an; weigere dich, ungerechte Steuern zu bezahlen; streike. Nur ist es höchst fraglich, ob ein "Steuerstreik" überhaupt ein "Streik" ist, und es ist daher ebenso fraglich, ob Herrn Poudjades Methoden nicht dem Gesetze widersprechen. Dies aber steht kaum noch zur Diskussion. Vielmehr hat die "Bewegung

Poujade" sowohl im Parlament wie bei der großen Masse der Klein-  
händler so an Stoßkraft geworben, dass eben auch der Ministerprä-  
sident nicht handeln kann, als wäre sie nicht vorhanden. Sie ist  
vorhanden und tut, als gäbe es nur eine einzige Artung Mensch, die  
vom Staate ungerecht behandelt werde und daher das Recht habe, ihm  
mit Gewalt zu begegnen. Die Gewerkschaften wünschen die Veröffentlichung  
der Steuerlisten, um auf Grundlage der Ziffern zu beweisen,  
dass Angestellte und Arbeiter, die keinen Steuerstreik beginnen  
können, nicht nur steuerlich stärker belastet sind, sondern dass  
sie es sind, die, im Gegensatz zur Behauptung der "Poujadisten" die  
prozentual höchste Steuerlast tragen. Doch auch diese Beweisführung  
ändert im Augenblick kaum etwas daran, dass die Poujade-Bewegung  
eine Macht darstellt, die einer bestimmten Klasse des Bürgertums  
auf im Grunde revolutionäre Weise zu fern verhelfen will, was sie als  
ihr Recht ansieht.

So kommt es, dass Ministerpräsident Edgar Faure zwar die von  
ihm gewünschten Finanz-Vollmachten nochmals verlangen, dabei jedoch  
auf die Forderungen der Poujade-Bewegung Rücksicht nehmen wird.  
Doch auch damit will sich die "Bewegung" nicht zufrieden geben.  
Vielmehr will sie das erreichen, was ein sozialrepublikanischer De-  
putierter meinte, als er vom Regierungschef und vom Finanzminister  
verlangte, die Methoden der Steuereinzahlung sollten sofort "humaner"  
werden. Die Sozialisten - und ebenso die KP - sind absolute Gegner  
der Poujade-Bewegung, doch auch unter den Sozialisten gibt es nicht  
wenige, die Herrn Poujade bei aller Ablehnung seiner Argumente und  
Methoden, in einem Punkte recht geben: die Allmacht des Staates muß  
ihre Grenzen haben.

Poujade will keine "Partei" bilden. Er behauptet, er wolle über-  
haupt nichts anderes als Gerechtigkeit für seinen angeblich unter-  
drückten Stand erreichen, und gleichzeitig wolle er dem Staate klar-  
machen, dass der Bürger nicht des Staates wegen, sondern der Staat  
um seiner Bürger willen existiere. Um diese Ziele zu erreichen, hat  
er vom ersten Tage seines neuen Tuns an nach dem Grundsatz gehandelt  
"Auf einen harten Stein gehört ein harter Keil", und vom ersten Tage  
an hat er mit demagogischen Mitteln gearbeitet. Massenversammlungen,  
Massen-Unzüge, Lärm im Parlament... das sind keine Erfindungen des  
Herrn Poujade. Doch hat die Geschichte gelehrt, dass mit solchen  
Mitteln auch starke Staaten unterhöhlt werden konnten. \* \* \* - 5 -

### Schlechter Auftakt

3. Das Ergebnis der zweiten Beratung über die Mitbestimmung in den öffentlichen Betrieben und in den Verwaltungen des Bundes ist ein schlechter Auftakt für den von der Bundesregierung verkündeten Kart in die Innenpolitik. Denn hier haben sich Tendenzen durchgesetzt, die von allen Gewerkschaftlern, auch denen der SPD, als reaktionär und ungerecht bezeichnet werden.

Eine Mehrheit von jeweils 40 bis 60 Stimmen hat im Bundestag alle Anliegen der Gewerkschaften und der SPD zum Personalvertretungsgesetz mit der Begründung niedergestimmt, dass dieses Gesetz ein "Teil der Ordnung im öffentlichen Dienst" sei. Aus dieser (Schein-)Begründung zog die Mehrheit den Schluß, dass sich das Mitbestimmungsgesetz für die Beschäftigten des Bundes möglichst an beamtenrechtliche Vorstellungen anlehnen müsse. Abgelehnt wurde infolgedessen, dass die Personalräte bei der Einstellung von Beamten und Angestellten und bei der Beförderung von Beamten mitbestimmen sollen. Bei der Festlegung des Urlaubsplanes und der Arbeitszeiten sollen die Personalräte nur mitberatend, aber nicht mitbestimmend tätig sein. Gewerkschaftsvertreter sollen nur unter erschwerten Bedingungen Zutritt zu den Sitzungen der Personalräte haben. Diese Hinweise nur als wichtigste Beispiele für den Geist dieses Gesetzes.

Wenn diese Fassung auch in der dritten Lesung bestätigt werden sollte, macht dieses Gesetz die notwendige Angleichung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst an die Mitbestimmung in der Wirtschaft unmöglich. Dann sind die 2 Millionen Beschäftigten des Bundes, der Bahn und der Post gegenüber den Beschäftigten der Wirtschaft erheblich benachteiligt. Schon bei der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes für die Wirtschaft war die Befürchtung ausgesprochen worden, die Fragen der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst seien offenbar nur deshalb von der übrigen Mitbestimmungsgesetzgebung abgetrennt worden, um einer kleinen Beamtengruppe Sonderrechte gegenüber der Mehrheit der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes einzuräumen.

Diese Gruppe - das wurde im Bundestag deutlich - fühlt sich im Besitze des Ministers sicherer und glaubt ihre Interessen geschützt, wenn diese von einem Personalmrat vertreten werden, den alle Beamten und Angestellten gemeinsam wählen. So entschied sich die Mehrheit des Bundestages dafür, dem Minister statt dem obersten Personalausschuss die letzte Entscheidung in den Fragen einzuräumen, die eigentlich Gegenstand der Mitbestimmung der Beamten und Angestellten sein sollten.

#### Der gewerkschaftsfeindliche Komplex

Ein CDU-Abgeordneter, der mit der Mehrheit gestimmt hatte, gab schließlich sogar Journalisten gegenüber zu, dass es sich keineswegs um die Prinzipienfrage gehandelt habe, ob Verwaltungs- oder Mitbestimmungsgrundsätze ausschlaggebend sein müssten. Man habe lediglich die Minderheit der Beamten, die der Bundestagsmehrheit nahestünden, "vor dem Zugriff der Gewerkschaften" schützen wollen. So erklärt sich auch, dass einer der CDU-Abgeordneten, die der Gewerkschaft nahestehen, schließlich im Bundestag sagte, offenbar regiere ein Teil der Abgeordneten bei der Verabschiedung dieses Gesetzes seinen gewerkschaftsfeindlichen Komplex ab.

Die Vorgänge sind alarmierend. Ein gegen die Gewerkschaften geschlossenes Personalvertretungsgesetz als Aufsatz für weitere innen- und sozialpolitische Beschlüsse vergiftet die Atmosphäre der künftigen Beratungen gleich zu Beginn. Auf dem Programm stehen die Probleme der Sozialreform, des Verkehrs, der Kartelle. Alle diese Fragen sind ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften nicht zu lösen. Eine so weitgehende Nichtbeachtung der gewerkschaftlichen Wünsche und die ungerechte Bevorzugung einer kleinen Beamtenminderheit verheißt am Anfang der großen innenpolitischen Auseinandersetzung nichts Gutes. Es ist darum zu wünschen, dass die Beschlüsse zum Personalvertretungsgesetz noch einmal gründlich überprüft und geändert werden.

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau